

Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaft

Erklärung zum 17. Kongress der DGfE
Erziehungswissenschaft, Demokratie und Rechtsextremismus
Göttingen, 21.09.2000

Rechtsextremistische, ausländerfeindliche und rassistische Tendenzen haben in den letzten Monaten eine politische Debatte über Ursachen, Folgen und Gegenstrategien ausgelöst. Verbotsforderungen und Appelle an die Zivilcourage der Bürger sollen Handlungsbereitschaft demonstrieren, können jedoch die politische Hilflosigkeit nicht verdecken.

Von Seiten der Politik wird der Eindruck erzeugt, es handele sich um ein völlig neues Problem. Tatsächlich haben wir es – wie zahlreiche sozial- und erziehungswissenschaftliche Studien belegen – seit 20 Jahren und verstärkt seit der deutschen Vereinigung mit der Zunahme und gesellschaftlichen Verankerung von rechtsextremer Ideologie und Praxis zu tun, die allzu lange von der Politik verharmlost worden sind. Nicht eingestanden wurde die damit verbundene massive Bedrohung von Menschenrechten und Grundrechten in der Bundesrepublik Deutschland.

Als Erziehungswissenschaftlerinnen und Erziehungswissenschaftler haben wir eine besondere Verantwortung, in die Debatten einzugreifen. Weil wir fachlich zuständig sind für Bildungsfragen und Lebenschancen der jungen Generation, müssen wir die Öffentlichkeit darauf hinweisen, dass es sich bei Rechtsextremismus und Gewalt gegen Fremde nicht primär um ein Jugendproblem handelt. Vielmehr treffen Jugendliche bei weiten Teilen der Bevölkerung, auch bei manchen politisch Verantwortlichen, auf ein Klima, das durch extreme Anschauungen und Feindlichkeit gegenüber "Fremden" gekennzeichnet ist – und zwar nicht erst neuerdings. Sie können sich dadurch in fremdenfeindlicher Haltung und Gewaltexzessen geduldet, verstärkt, wenn nicht gar ermuntert fühlen. Die politische Sphäre ist also zunächst uns allen Rechenschaft darüber schuldig, wie und warum sie zu diesen Entwicklungen beigetragen hat.

Da kurzschlüssiger, blinder Aktionismus kein Mittel ist, den beklagenswerten Zustand zu beenden, bietet die Erziehungswissenschaft ihre Mitwirkung an der Problemlösung an.

In der Lehre muss stärker, als dies in der Vergangenheit der Fall war, das Ziel verfolgt werden, die Studierenden mit den Konsequenzen vertraut zu machen, die die wachsende Pluralität und Heterogenität der Bevölkerung Deutschlands mit sich bringt. Studierende müssen reflexive Fähigkeiten erwerben, die es ihnen ermöglichen, den ihnen anvertrauten jungen Menschen dabei zu helfen, anders als gewaltförmig mit Verschiedenheit, mit Ungewißheiten und Zukunftsangst umzugehen. In pädagogischer Beratung und Begleitung von Institutionen – von der Offenen Jugendarbeit über die Schule bis hin zum Betrieb – müssen präventive Maßnahmen verstärkt werden. Strafen allein tragen vielleicht zur Unterdrückung unerwünschter Haltungen und Handlungen bei – nicht aber zur Aneignung von reflexiven und aufgeklärten Verhaltensweisen anstelle von Gewalt und Haß.

In diesem Sinne werden wir auch die begonnene erziehungswissenschaftliche Forschung fortsetzen. Wir möchten als Erziehungswissenschaftlerinnen und Erziehungswissenschaftler, als Bürgerinnen und Bürger dieses Staates dazu beitragen, dass die deutsche Gesellschaft den Herausforderungen des Rechtsextremismus und der Fremdenfeindlichkeit auf eine Weise begegnet, die nachhaltige Wirkung hat und die zur Stärkung der demokratischen Grundprinzipien dieses Landes beiträgt.

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes

Prof. Dr. Ingrid Gogolin

Universität Hamburg, Fachbereich Erziehungswissenschaft, Von-Melle-Park 8, D-20146 Hamburg